

Christian Krell (Hg.)

Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie

49 Porträts



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter *<http://dnb/ddb.de>* abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0459-4

© 2015 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Ralf Schnarrenberger, Hamburg
Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg
Druck und Verarbeitung: CPI – Ebner & Spiegel GmbH, Ulm

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2015

Besuchen Sie uns im Internet: <i>www.dietz-verlag.de</i>

Inhaltsverzeichnis

Christian Krell

Einleitung 11

Thilo Scholle

Wolfgang Abendroth – Verfassung und Soziale Demokratie . . . 33

Thilo Scholle

Viktor Agartz – Lohnpolitik und Kapitalismus 40

Thilo Scholle

Otto Bauer und der Austromarxismus 47

Helga Grebing

August Bebel – Kaiser der Arbeiter 54

Thomas Meyer

Eduard Bernstein – Reformorientierung als Kern
einer modernen Sozialen Demokratie 60

Klaus Schönhoven

Willy Brandt – Freiheit, Demokratie und Sozialismus 67

Thomas Meyer

Hermann Cohen und das Prinzip der Genossenschaftlichkeit . . 73

Dietmar Petzina

Heinrich Deist – einer der Väter des
Godesberger Programms 79

Norbert Bicher

Walter Dirks – Linkskatholik und Publizist 86

Walter Mühlhausen

Friedrich Ebert – Erster Staatsmann der Arbeiterbewegung . . . 92

Christian Krell

Willi Eichler – Vater des Godesberger Programms 98

Christian Krell

Friedrich Engels – (Nicht nur) Freund, Impulsgeber
und Stimme Marx’ 105

Jochen Dahm

Erhard Eppler – Die Kraft der Sprache 112

Anja Kruke

Fritz Erler – Unabhängigkeit im Denken als Voraussetzung
guter Politik 119

Volker Best

Gert von Eynern – Analytiker der öffentlichen Bindung 125

Norbert Bicher

Peter Glotz – Bundesgeschäftsführer und Querdenker
in einer Person 132

Karin Gille-Linne

Herta Gotthelf – Gleichberechtigung und Sozialismus 139

Thilo Scholle

Hermann Heller und der soziale Rechtsstaat 145

Michael Reschke

Rudolf Hilferding – Zentrist und Analytiker
des Kapitalismus 152

Christian Krell

Jakob Kaiser – Christlicher Sozialismus 159

Thilo Scholle

Karl Kautsky – Der demokratische Sozialist 166

Helga Grebing

Waldemar von Knoeringen und die Entdeckung
des Menschen in der Politik 173

Volker Best

Heinz Kühn – Öffner Richtung Kirche, FDP
und Zuwanderer 179

Meik Woyke

Ferdinand Lassalle – Bonvivant und Arbeitertribun 185

Jochen Dahm

Renate Lepsius – Frauenpolitik als Beruf 192

Michael Reschke

Wilhelm Liebknecht – Revolutionär in Wort und Tat 199

Gesine Schwan

Richard Löwenthal – unbedingter Demokrat im Zeitalter
der Globalisierung 206

Helga Grebing

Rosa Luxemburg und ihr Konzept einer
Sozialistischen Demokratie 214

Thomas Meyer

Karl Marx – Begründer des Wissenschaftlichen Sozialismus . . . 221

Jürgen Schmidt

Franz Mehring – Befürworter und Gegner
des »bürgerlichen Parlamentarismus« 228

Thomas Meyer

Susanne Miller – Nelsonianerin ein Leben lang 235

Wolfgang Schroeder

Fritz (Perez) Naphtali – Demokratie in der Wirtschaft 242

Tobias Mörschel

Oswald von Nell-Breuning – Jesuit und Brückenbauer 249

Christian Krell

Leonard Nelson – Ethischer Sozialismus in Wort und Tat 256

Helga Grebing

Peter von Oertzen – Die SPD nach links offenhalten 263

Jochen Dahm

Gustav Radbruch – Recht muss Gerechtigkeit erstreben 269

Anja Kruke

Johannes Rau – »Versöhnen statt Spalten«
als Stil und Lebensmotto 276

Michael Reschke

Hermann Scheer – atypischer Visionär und Pionier
der Energiewende 282

Torben Lütjen

Karl Schiller und die Wirtschaftspolitik der SPD 289

Christian Krell

Carlo Schmid – Verfassungsvater und
leidenschaftlicher Europäer 296

Thilo Scholle

Kurt Schumacher – Demokratischer Sozialismus
nach dem Zweiten Weltkrieg 303

Karin Gille-Linne

Elisabeth Selbert – Demokratie und Gleichberechtigung 311

Thilo Scholle

Anna Siemsen – Erziehung und Sozialismus 317

Frank Decker

Hugo Sinzheimer – der Schöpfer
des deutschen Arbeitsrechts 324

Siegfried Heimann

Jochen Steffen – Querdenker der SPD 330

Helga Grebing

Fritz Sternberg – Demokratischer Sozialist
und früher Deuter der Globalisierung 337

Siegfried Heimann

Paul Tillich – Ein religiöser Sozialist 343

Renate Faerber-Husemann

Herbert Wehner – Wegbereiter der Regierungsverantwortung . 350

Meik Woyke

Otto Wels – Als couragierter Parlamentarier
gegen die NS-Herrschaft 357

Anhang

Bildnachweis 363

Autorinnen und Autoren 365

Einleitung

von Christian Krell

Konzepte, Ideen, Visionen und praktische Politik sind Produkte ihrer Zeit. Sie sind geprägt von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, von politischen Ereignissen und nicht zuletzt von intellektuellen Moden. Sie sind aber oft auch aufs Engste verbunden mit einzelnen Personen. Das Konzept eines sozialen Rechtsstaates ist mit Hermann Heller verknüpft, die Vorstellung einer Wirtschaftsdemokratie mit Fritz Naphtali und die Idee einer neuen Ostpolitik ist ohne Willy Brandt nicht zu beschreiben. Mitunter sind den Namen einzelner Konzepte sogar ihre prominentesten Vertreter eingeschrieben. Die Radbruch'sche Formel sei exemplarisch genannt.

In diesem Band sollen 49 Persönlichkeiten beschrieben werden, die mit ihren Ideen, Vorstellungen, Denkstilen und Taten die Theorie und Praxis der Sozialen Demokratie geprägt haben. Soziale Demokratie soll hier nicht nur als politische Bewegung im Sinne sozialdemokratischer Parteien verstanden werden. Soziale Demokratie ist einerseits ein Demokratiekonzept, in dessen Kern die gleiche Freiheit aller Menschen steht und das einen engen Zusammenhang von politischer und sozialer Emanzipation ausdrückt. Diese Theorie wurde verschiedentlich genau beschrieben (vgl. u. a. Meyer 2005 u. Meyer 2006; Gombert 2014). Andererseits wird Soziale Demokratie in der Praxis von unterschiedlichen Parteien, politischen Strömungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vertreten und beschreibt so eine politische Bewegung. Beides stellt den Horizont dieses Bandes dar.

Intellektuelle oder Vordenker?

Der Begriff des Vordenkers ist ebenso weit verbreitet wie unbestimmt. Oft werden Menschen, die vordenken, in Zusammenhang mit Intellektuellen gebracht oder mit ihnen gleichgesetzt (z. B.

Charle 1996). Der Begriff des Intellektuellen ist zumindest etwas konkreter gefasst. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert gebraucht, gab es immer wieder Eingrenzungsversuche dieses Begriffs, die freilich eine erhebliche Bandbreite aufweisen. Sie reichen von Karl Mannheims Vorstellung von »freischwebender Intelligenz«, die gerade die Ungebundenheit des Intellektuellen betont, bis hin zu Antonio Gramscis Bild eines »organischen Intellektuellen«, bei dem die klare Verortung in einer sozialen Gruppe Wesensmerkmal ist.

Eine Fülle von Literatur gibt es auch zu der Frage, welche Rolle Intellektuelle in der Politik oder für die Politik spielen. In dem von Hübinger/Hertfelder (2000) herausgegeben Band »Kritik und Mandat« wird die Rolle der Intellektuellen in der deutschen Politik anregend diskutiert und exemplarisch dargestellt. Andere Titel untersuchen die Bedeutung von Intellektuellen für eine spezifische politische Strömung, wie etwa der von Alemann u. a. (2000) herausgegebene Band zu »Intellektuelle und Sozialdemokratie« oder – spezifischer – Helga Grebings Aufsatz zu jüdischen Intellektuellen in der deutschen Arbeiterbewegung (1997).

Aus zwei Gründen wurde hier bewusst nicht der Begriff des Intellektuellen gewählt, sondern der Begriff des Vordenkers.

Erstens wird im Zusammenhang mit der Rolle des Intellektuellen oft und kontrovers diskutiert, inwiefern Intellektuelle sich einer Sache dienlich machen oder gar selbst Mitglied einer Partei und damit des engeren politischen Betriebs werden sollten. Darauf verweist das oben beschriebene Spannungsfeld zwischen Gramsci und Mannheim (vgl. auch Hertfelder 2000: 13). Diese Problematisierung gibt es im Zusammenhang mit Vordenkern weitaus weniger. Und das ist wichtig, denn fast alle hier in den Blick genommenen Vordenker waren selbstverständlich Teil der Arbeiterbewegung und eindeutig in ihr verortet.

Zweitens haften dem Begriff des Intellektuellen eine ganze Reihe von Zuschreibungen an, oft auch solche von formaler, akademischer Bildung. Für viele der hier ausgewählten Vordenkerinnen und Vordenker sind diese Zuschreibungen insgesamt nicht passend, oft trifft auch das akademische Kriterium nicht zu. Zweifellos finden

sich unter den Vordenkerinnen und Vordenkern in diesem Buch auch zahlreiche Akademiker, aber ebenso Handwerker oder hochgebildete Autodidakten, die über keinen akademischen Grad verfügten. Der Begriff des Vordenkers umfasst sie alle unzweifelhaft, er ist weniger festgelegt und damit geeigneter für dieses Vorhaben.

Das Beispiel von August Bebel veranschaulicht den Zusammenhang: Bebel war kein Intellektueller oder systematischer Denker, so Helga Grebing in diesem Band. Mit seinem immer wieder neu aufgelegten und in zahlreiche Sprachen übersetzten Buch »Die Frau und der Sozialismus« war er aber zweifellos ein Vordenker der deutschen und europäischen Sozialdemokratie. Hier fanden sich die Konturen einer anderen, besseren Gesellschaft, die Analyse der Gegenwart, und das Buch bereitete die Ideen von Marx und Engels in klarer Sprache für breite Kreise auf.

Funktionen von Vordenkern

Vordenker zeichnet aus, dass sie ein Angebot für eine Richtungsentscheidung machen, das über den Status quo hinausgeht. Ob dieses Angebot von einer Gruppe oder der Gesellschaft aufgegriffen wird, liegt jedoch nicht in ihrer Hand. Der US-amerikanische Soziologe Amitai Etzioni hat diesen Zusammenhang treffend auf den Punkt gebracht. Es geht darum, »die Wände aufzubrechen, in die eine Gesellschaft sich einschließt, um die verschiedenen Richtungen aufzuzeigen, die der befreite Gefangene einschlagen könnte; welche dann gewählt werden, liegt in der Entscheidung der Gesellschaft als Ganzer.« (Etzioni 1975: 211)

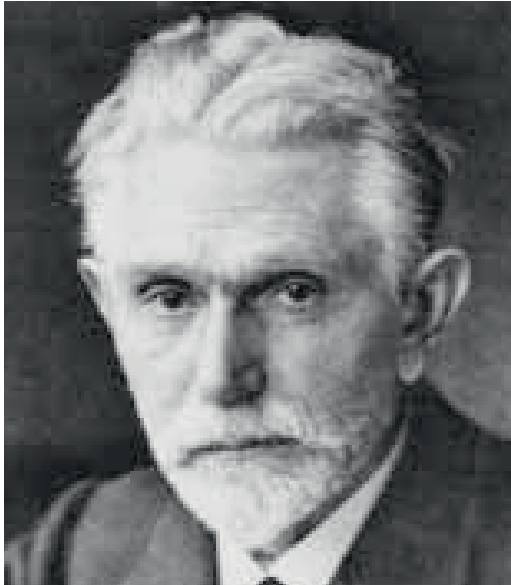
Vordenker sind, anders formuliert, immer hart am Wind des Zeitgeistes, »um sich gleichzeitig aus dessen Umarmung zu befreien«. (Krink 2010: 52). Beispielhaft kann auf die kritische Auseinandersetzung mit der Atomenergie in der SPD verwiesen werden. Diese Debatte wurde durch einzelne Stimmen schon Mitte der 1970er-Jahre begonnen, als die Atomenergie gemeinhin noch als fortschrittlich galt. Sich aus diesem Mainstream zu lösen und das Gewohnte infrage zu stellen oder ihm mindestens eine neue Wen-

dung zu geben, ist mitunter nicht populär, aber zeichnet den Vordenker aus, wie Karsten D. Voigt beschreibt:

»Wer Vordenker sein will, muss zuerst einmal nachdenklich sein können. Vordenken ist nämlich nichts weiter als eine auf die Zukunft ausgerichtete Form des Nachdenkens. Vordenken verursacht Dissonanzen mit dem Denken in hergebrachten Kategorien. Ob diese Dissonanzen kognitiv genutzt werden, hängt von der Bereitschaft zum Umdenken ab. Diese Bereitschaft ist in Parteien erfahrungsgemäß dann gering, wenn als Prinzipientreue gepriesen wird, was als Lernunfähigkeit angesichts politischer Veränderungen zu kritisieren wäre.« (Voigt 2010: 122)

Der Schriftsteller Max Frisch hat in diesem Zusammenhang auf einem Parteitag der Hamburger SPD von einer notwendigen, aber auch »lästigen Assistenz« (zit. n. Michal 1980: 143) für die Politik gesprochen. Trotz des mitunter schwierigen Verhältnisses zwischen Mehrheitsmeinungen und Vordenken übernehmen Vordenkerinnen und Vordenker damit eine für politische Kräfte unersetzliche Rolle. Sie bereiten (kollektives) Lernen vor, wenn sich Zeitumstände oder Bewertungen verändert oder Interessen verschoben haben und eine Neuausrichtung der Politik benötigt wird.

Gesellschaftlicher Fortschritt ist ohne Vordenkerinnen und Vordenker also nicht möglich. Für eine politische Bewegung ist dieses Vordenken besonders dann unerlässlich, wenn sie progressiv orientiert ist. Wenn es ihr also nicht um das Bewahren der Gegenwart oder der »guten alten Zeit« geht, sondern darum, zu verändern und Neues, Besseres zu bewirken, braucht sie Vorstellungen von dieser Zukunft. So kann durch die Leistung der Vordenker nicht nur ein politisches Programm entstehen, sondern Bilder zur Vermittlung dieses Programms.



»

Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.

«

August Bebel – Kaiser der Arbeiter

von Helga Grebing

August Bebel (* 22.2.1840 · † 13.8.1913) wurde in Deutz bei Köln geboren; sein Vater, ein preußischer Unteroffizier, stammte aus Posen, seine Mutter, ein Dienstmädchen, aus dem hessischen Wetzlar. Mit 13 Jahren Vollwaise wuchs er bei Verwandten in Wetzlar auf. Der dreijährigen Drechslerlehre folgten zwei Gesellenwanderjahre, vornehmlich in Süddeutschland. Mit 20 Jahren kam er nach Leipzig. Dort ließ er sich als Kleinmeister nieder und heiratete seine Frau Julie. Er betätigte sich aktiv im liberalen Leipziger Arbeiterbildungsverein und lernte Karl Marx' (➡ S. 221-227) Freund Wilhelm Liebknecht (➡ S. 199-205) kennen, der 1864 aus dem Londoner Exil zurückkehrte.

Bei der Gründung von Ferdinand Lassalles (➡ S. 185-191) Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein (ADAV) im Mai 1863 in Leipzig war Bebel nicht dabei – er hielt die Arbeiter noch nicht für fähig zur politischen Selbstständigkeit. 1867 gründete er zusammen mit Liebknecht die liberale Sächsische Volkspartei und wurde im gleichen Jahr in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt.

Als Kleinunternehmer, später sogar als Fabrikant von Handgriffen für Türen und Fenster, hatte er auch wirtschaftlich Erfolg. Doch 1868 wurde er erstmals wegen »Verbreitung staatsgefährlicher Lehren« zu drei Wochen Gefängnis verurteilt – 1870/71 sogar für fast drei Jahre. 1869 trennten sich Bebel und Liebknecht von den Liberalen und gründeten in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, aus der 1875 nach Vereinigung mit dem ADAV in Gotha die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hervorging.

Unternehmer und aktiver Politiker – beides ging unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes nicht, deshalb entschied Bebel sich 1888 für die Existenz als Schriftsteller und Abgeordneter. Sein Erfolgsbuch »Die Frau und der Sozialismus« (1879) bescherte ihm hohe Auflagen und Einnahmen, und zusammen mit den Honoraren für Beiträge in der Parteipresse konnten Bebel und seine Familie gut von der Politik für die Politik leben.

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 ging Bebel nach Berlin und übernahm mit Paul Singer 1892 den Vorsitz der SPD; er leitete die SPD-Reichstagsfraktion, galt als kompetenter Parlamentarier und zog mit seinen Reden auf Parteitagen und großen Parteiveranstaltungen viele in seinen Bann. Nach der Jahrhundertwende zeigten sich bei ihm die ersten Spuren des Alters. Seine Frau, Partnerin auch im Geschäftsleben und in der Politik, starb 1910; bei seiner Tochter verstärkten sich die Merkmale einer psychischen Erkrankung. 1913 starb August Bebel im Schweizer Kurort Passug an einem Herzleiden.

Der Volksstaat

Bebel war kein systematischer Denker und kein Intellektueller, sondern Autodidakt. Er nutzte die vielen Gefängnisaufenthalte zur Weiterbildung und verstand sich als Interpret der Gedanken von Marx und Engels. Ohne diese zu vulgarisieren, machte er sie für seinesgleichen verständlich. Sein Erstlingswerk, die Broschüre »Unsere Ziele« (1870), enthielt Artikel aus der sozialdemokratischen Zeitung »Der Volksstaat« und erreichte bis 1913 insgesamt 14 Auf-

lagen. Darin beschrieb Bebel den wilhelminischen Staat als Staat der herrschenden Klasse, unter der er ein Bündnis des kapitalistischen Bürgertums und der feudal-adligen Grundbesitzer verstand. Aufgabe dieses Staates war es, die Interessen der herrschenden Klasse gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. Bebels Gegenentwurf zum Klassenstaat war der »Volksstaat«, in dem es keine Privilegien mehr geben und eine genossenschaftliche Produktion die privatkapitalistische ersetzen würde. Zu diesem Volksstaat gelangte man laut Bebel durch Aufklärung der Massen darüber, wie man die »Herrschaft der privilegierten Klassen und Personen« brechen könne: »auf gesetzliche Weise« oder auch durch eine Revolution, je nach des Volkes Willen. Bebel wollte ausdrücklich keine neue Klassenherrschaft der Arbeiter, sondern »Gleichberechtigung und Gleichstellung Aller«.

Noch steckte in Bebels Vorstellungen viel radikal-demokratischer Liberalismus und wenig von Marx theoretischen Auffassungen. Erst in der zweiten Hälfte der 1870er-Jahre rezipierte Bebel gezielter Marx und Engels. Die Frucht dieser Zeit war sein Bestseller »Die Frau und der Sozialismus« von 1879, der bis 1913 ganze 53 Auflagen erlebte, in 20 Sprachen in 50 Ländern erschien und allein in Deutschland 200.000-mal verkauft wurde. Der Band avancierte zum realutopischen Kult- und Kursbuch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in fast ganz Europa.

Marx und Engels zu den Arbeitern bringen

Bebels Zielvorstellungen hatten sich nicht geändert. Es ging um den Kampf der Arbeiterklasse für die Befreiung aller Unterdrückten, aber er umriss nun den Weg dorthin: Die Industrie wird die Landwirtschaft verdrängen, der Großbetrieb vorherrschend sein, die Verproletarisierung stark zunehmen; die Spaltung der Gesellschaft in viele Arme und wenige Reiche ist die Folge. Die Konkurrenz der Nationalstaaten um die Weltmärkte macht einen nächsten Krieg wahrscheinlich, aber es soll der letzte sein, denn die soziale Revolution muss »naturnotwendig« ausbrechen und die Sozialisie-

rung der Gesellschaft durchsetzen, indem das Privateigentum aufgehoben und das Gemeineigentum geschaffen wird. Daraus folgen das »Absterben des Staates« und seine Ersetzung durch eine sozialistische Gesellschaftsorganisation, die höchstens noch eine »Zentralverwaltung zur Leitung von Produktions- und Austauschprozessen« benötigt. Bebel zweifelte nie daran, dass der Transformationsprozess zur Eroberung der politischen Macht bereits erfolgreich begonnen hatte. Den »großen Kladderadatsch« erwartete er »in Bälde«, korrigierte sich jedoch mehrmals. Schließlich bezeichnete er das 20. Jahrhundert als das »Jahrhundert der sozialen Revolution«.

Vieles, was Bebel niederschrieb, war dicht an Marx und Engels angelehnt, manches sogar reine Paraphrase. Genau das wollte er: die Ideenwelt der beiden Vordenker der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung übermitteln. Dabei war er sich der Gefahr einer ideologischen Verfestigung bewusst und betrachtete die Auffassungen von Marx und Engels nicht als »Dogmen, die für ewige Zeiten festliegen«. Die gesellschaftliche Entwicklung würde auch sie verändern, dennoch blieben sie für Bebel »die feste Grundlage, von der aus wir weiter streben« (1899). Aber in einem Punkt unterschied Bebel sich deutlich von Marx: in der Nichtbeachtung des Bilderverbots. Er wollte den Arbeitern zeigen, wie die künftige sozialistische Gesellschaft aussehen könnte. Und er tat das wie ein vorausdenkender Analytiker – mit großem Realitätssinn, der dennoch das »goldene Zeitalter« durchschimmern ließ.

Revolution und Reform – zwei Seiten eines Prozesses

1893 äußerte Bebel sich noch einmal zum »Zukunftsstaat«: Den wollten die Sozialdemokraten gar nicht haben, weil es ihnen um etwas anderes gehe, nämlich um »eine sozialistische Gesellschaftsorganisation«, die den Staat überflüssig macht. Bebel zeigte überdies, dass die bürgerliche Klassengesellschaft ihren Untergang selbst bewerkstelligen werde, nicht zuletzt durch ihre »Kulturmittel«. Diese hätten bei den proletarischen Massen die Einsicht in ihre Lage

und in die Notwendigkeit, sie umzugestalten, wachsen lassen und so den Umgestaltungsprozess beschleunigt.

Bebel, der Frontmann der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, war und blieb ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft. Trotzdem arbeitete er im autokratisch-kapitalistischen System des Kaiserreichs auf vielen praktisch-politischen Gebieten mit beachtlicher Resonanz. Bereits 1893 profilierte er sich als Gegner des Antisemitismus, den er »kulturwidrig« nannte. Später hat er angesichts der Judenpogrome 1904/05 in Russland den Antisemitismus als eine Bewegung bezeichnet, die die niedrigsten Triebe und Instinkte einer rückständigen Gesellschaft stütze. 1904 ließ er die Klassegegner im Reichstag wissen, dass die Sozialdemokraten im Falle eines Angriffskrieges die »Flinte auf die Schulter« nehmen würden, um deutschen Boden zu verteidigen: »Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, um dieses unser Vaterland, unser Heimatland [...] so zu gestalten, dass es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den Letzten von uns.« (Bebel, hg. v. C. Stephan, Bd. 2: 132)

Ein Widerspruch war dies nicht. Für die Sozialdemokraten vor 1914 war es schwer, ihre politischen Ziele zu vertreten. Es gab eine Systemgrenze, die ihren Einfluss drastisch beschnitt. Diese Grenze zu überschreiten, hätte rigide Reaktionen nach sich gezogen, ähnlich dem Sozialistengesetz. Doch die SPD musste auch dafür sorgen, dass sich die weiterhin prekäre soziale Lage der Arbeiterklasse verbesserte. Dazu trug auch bei, dass sie sich als soziokulturelle Gegenbewegung profilieren konnte. Die zukunftsgewisse revolutionäre Zielsetzung und eine reformorientierte praktische Politik gehörten für Bebel deshalb zusammen. In der Vorstellung der Revisionisten und Pragmatiker über ein »Hineinwachsen in den Sozialismus« sah er eine verhängnisvolle Beschränkung, die der Bewegung ihre Begeisterung und Einigkeit kosten könnte.

Als August Bebel 1913 starb, starb der »Kaiser der Arbeiter«. Er hatte die tägliche Mühe im Kampf um ein menschenwürdigeres Dasein für Millionen von Proletariern nicht gescheut und dennoch das sozialistische Endziel nicht als Sternchen am Himmel verglöhnen lassen. Seine Leidenschaft fasziniert heute noch und ebenso sein

Bemühen, eine auf Solidarität beruhende sozialdemokratische Identität mittels einer gefestigten Organisation zu erhalten. Mehr noch: Er hielt es für die »Pflicht eines jeden Menschen [...], sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern« und sich – wie wir heute sagen würden – zivilgesellschaftlich und bürgerschaftlich zu engagieren.

Werke

- Bebel, August, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1-10, hg. v. Horst Bartel u. a., München, erschienen 1978–1996.
- Bebel, August, *Schriften*, 2 Bde., hg. v. Cora Stephan. Frankfurt a. M. 1981. [Immer noch eine brauchbare Ausgabe, gut ausgewählt und kommentiert.]
- Bebel, August, *Die Frau und der Sozialismus* (1879), 50. Aufl. = Jubiläumsausg. (verb., vermehrt u. neu bearb.), Stuttgart 1910. [Spätere Ausgaben sollten nur dann benutzt werden, wenn sie auf dieser Jubiläumsausgabe beruhen.]
- Bebel, August, *Aus meinem Leben*. Ungekürzte Ausgabe, Berlin/Bonn 1986.

Literatur

- Schmidt, Jürgen, *August Bebel. Kaiser der Arbeiter. Eine Biografie*. Zürich 2013. [Enthält einen Überblick über die neuere Literatur zu Leben und Werk von Bebel.]

»

... weder verbitterte Frauenrechtleri
noch überhebliche Männchen-Eitel-
keit.

«



Herta Gotthelf – Gleichberechtigung und Sozialismus

von Karin Gille-Linne

Herta Gotthelf (* 6.6.1902 · † 13.5.1963) wurde in Breslau geboren. Über ihre Herkunftsfamilie ist wenig bekannt. Gotthelf war in der sozialistischen Jugendbewegung aktiv und trat mit 18 Jahren in die SPD ein. Nach einer Banklehre in Breslau zog sie nach Köln. 1925 wurde sie Freihörerin an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Darauf ging sie nach Berlin und wurde in die Arbeit des Parteivorstands der SPD integriert. Nach Ausbildung zur Redakteurin stieg sie zur Mitarbeiterin von Marie Juchacz (MdR, PV, Frauensekretärin) auf und wurde Redakteurin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift »Genossin«.

Die Machtübergabe an die NSDAP erlebte Gotthelf in Berlin. Als Sozialistin, politische Redakteurin und Jüdin geriet sie bald ins Visier der Staatsmacht. Anfang 1934 floh sie mit ihrem Lebensgefährten nach England. In London angekommen setzte Gotthelf unter komplett veränderten Bedingungen ihre antifaschistische

Arbeit fort. Ihr Handeln war auf Deutschland ausgerichtet: Sie hielt Verbindung zu Sozialisten und Sozialistinnen im Deutschen Reich, war Kontaktperson für Kuriere und Flüchtlinge, transferierte Gelder ins Deutsche Reich und organisierte Hilfe für Verfolgte. Sie verstand sich als Teil der sogenannten »Offensive der Wahrheit«, klärte über die Gräueltaten des NS auf und versuchte, die Briten zur Aktion gegen Nazideutschland zu bewegen. Ihr Lebensgefährte verließ London 1938 Richtung USA. Im gleichen Jahr wurde Gotthelf aus dem Deutschen Reich ausgebürgert und damit staatenlos. Sie blieb in London. Als der Parteivorstand der SPD Ende 1940/Anfang 1941 nach London übersiedelte, war sie wichtige Kontaktperson und gehörte zum engeren Kreis der Exilorganisationen der SPD. Sie war Mitglied des PV-Beirats, der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien«. Während des Krieges – und auch danach – konnte sie auf ihre internationalen Kontakte aus der sozialistischen Frauenarbeit vor 1933 und den Anfangsjahren in London zurückgreifen. Mitte 1946 kehrte sie mithilfe ihrer politischen Freunde Erich Ollenhauer und Fritz Heine nach Deutschland zurück. Auf dem ersten Parteitag der SPD 1946 wurde Gotthelf zur zentralen Frauensekretärin der SPD berufen, ein Jahr später in den besoldeten Parteivorstand gewählt, dem sie von 1947 bis 1958 angehörte. Als Nachfolgerin von Marie Juchacz leitete sie die Frauenarbeit der SPD mit der Autorität eines gewählten PV-Mitglieds. Als sie 1958 nicht mehr in den PV gewählt wurde, kam es zu einer inhaltlichen und strukturellen Zäsur in der Frauenarbeit der SPD. Gotthelf blieb Redakteurin der GLEICHHEIT. Mit ihrem Lebensgefährten, der aus den USA zurückkehrte, lebte sie bis zu ihrem Tod 1963 in Bonn. 1965 würdigte die letzte Ausgabe der GLEICHHEIT Herta Gotthelf in einer Reihe mit Emma Ihrer, Clara Zetkin und Marie Juchacz (vgl. o. A. 1965: 230).

Verfassungsfragen

Bereits an den Programmberatungen der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« war Gotthelf beteiligt. Auf ihr Bestreben hin verpflichtete sich die Union, die Einschränkungen der Gleichberechtigungsgarantie von Männern und Frauen aus der »Weimarer Verfassung« zu bekämpfen. Auf der Wuppertaler Frauenkonferenz der SPD 1948 und während der Verfassungsberatungen des Parlamentarischen Rates gab Gotthelf wichtige Impulse. Sie verhalf der sozialdemokratischen Juristin Elisabeth Selbert (■ S. 311-316) zu einem Mandat im Parlamentarischen Rat und organisierte die Kampagne zur Durchsetzung von Art. 3 II GG »Männer und Frauen sind gleichberechtigt«. Damit schufen Gotthelf und Selbert eine der wichtigsten rechtlichen Grundlagen der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Gleichberechtigung und Sozialismus

Gotthelf arbeitete Seite an Seite mit den männlichen Parteigenossen. Die Zusammenarbeit mit bürgerlichen und kommunistischen Frauen in den sogenannten überparteilichen Frauenausschüssen lehnte sie ab. Sie sprach den selbst autorisierten Frauenvereinigungen die politische Legitimation ab und warf ihnen vor, den Nationalsozialismus und seine antisemitische Ideologie zu verharmlosen. Auch deren Faschismusanalyse, die die Frauen frei von Schuld sprach, kritisierte sie scharf (vgl. Gille/Meyer-Schoppa 1999: 30 ff.). Gotthelfs Ziel, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern inner- und außerhalb der Partei, war auf überparteilichem Weg nicht zu erreichen. Denn Gleichberechtigung ohne Sozialismus war für sie nicht denkbar (vgl. Meyer-Schoppa 2004: 267 ff.).

Schulung, Organisation, Interessenvertretung

Zwölf Jahre leitete Herta Gotthelf die Frauenarbeit der SPD. Sie organisierte nationale und internationale Frauenkonferenzen, vertrat frauenpolitische Positionen im Parteivorstand, unterstützte sozialdemokratische Funktionärinnen und Mandatsträgerinnen und führte Wahlkämpfe. 1947–1963 gab Gotthelf im Auftrag des Parteivorstands die GENOSSIN heraus, ab 1950 umbenannt in GLEICHHEIT. Die sozialdemokratische Frauenzeitschrift war Schulungsorgan, Diskussionsforum und Spiegel der Arbeit. Gotthelf verfasste unzählige Leitartikel und Debattenbeiträge. Vielfach erinnerte sie in der Zeitschrift an sozialistische »Vorkämpferinnen«. 1958 erschien der von ihr vorbereitete biografische Band »Frauen machen Politik«.

Als Mitglied des besoldeten Parteivorstands war sie eine gewichtige Stimme auf den Parteitag und lange Jahre meinungsbildend. Vielfach bedrängte Gotthelf mithilfe der sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages die CDU-geführten Regierungen, als diese die Durchführung des Gleichberechtigungsgrundsatzes in den 1950er-Jahren verschleppten. Sie bereitete damit die durchgreifenden Gesetzesänderungen der sozialliberalen Koalition Ende der 1960er- und in den 1970er-Jahren vor, die das Leitmodell der »Hausfrauen-ehe« durch das Partnerschaftsmodell ersetzten (gemeinsames Entscheidungsrecht statt Alleinentscheidungsrecht des Ehemannes, keine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabenverteilung mehr, freie Wahl eines Familiennamens bei der Heirat, Zerrüttungs- statt Schuldprinzip bei Ehescheidungen, gerechtes Scheidungsfolgenrecht ...).

Positionsbestimmungen

Gotthelf zwang die SPD dazu, sich zu den großen Fragen der Geschlechtergerechtigkeit zu positionieren. Sie legte großen Wert darauf, dass die sozialdemokratische Frauenpolitik von Frauen und Männern getragen wurde. Im Fachausschuss für Frauenfragen beim Parteivorstand der SPD, den Gotthelf leitete, waren daher von Anfang an auch Männer vertreten. Allerdings ließ in der Gesamtpartei

die aktive Unterstützung durch männliche Sozialdemokraten aus Sicht Gotthelfs häufig zu wünschen übrig. Das Interesse an der Veränderung überkommener Geschlechterhierarchien war bei den Männern doch wesentlich geringer ausgeprägt als bei den Frauen innerhalb der SPD. Darin unterscheidet sich die Situation der 1950er-Jahre kaum von der heutigen. Die noch ausstehende, vertiefte Auseinandersetzung mit Herta Gotthelfs Positionen könnte geschlechterpolitische Traditionslinien und Brüche aufzeigen, die sowohl das Verständnis der SPD für die eigene Parteigeschichte als auch die geschlechterpolitische Arbeit von heute befördern würden.

Werk

- »GENOSSIN. Mitteilungsblatt für sozialdemokratische Funktionärinnen«, deren Erstausgabe nach der erzwungenen Einstellung im März 1933 im Mai 1947 (Nr. 5, 10. Jg., Mai 1947), ab 1950 umbenannt in:
 - »GLEICHHEIT. Das Blatt der arbeitenden Frau« (letzte Ausg. Nr. 6, 28. Jg., Juni 1965).
- Gotthelf, Herta (1948), Weihnachtsbrief an die Bezirkssekretariate und die Genossinnen in den Bezirken, Hannover, im Dezember 1948, AdsD PV 0127.
- Gotthelf, Herta (1958), Politik – hauptamtlich, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), Frauen machen Politik. Was sie sind, wie sie es wurden. Lebensschicksale politischer Frauen, (Schriftenreihe für Frauenfragen), Bonn, S. 38-41.



»

Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.

«

Rosa Luxemburg und ihr Konzept einer Sozialistischen Demokratie

von Helga Grebing

Rosa Luxemburg (* 5.3.1871 · † 15.1.1919) wurde als Kind einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Zamość, im Gouvernement Lublin geboren. Ihr bildungsbürgerliches Elternhaus war in religiöser Hinsicht unorthodox, gleichwohl mit den jüdischen Ritualen vertraut, liberal und der Aufklärung gegenüber offen. Allerdings mangelte es an ökonomischer Sicherheit. Man sprach Polnisch miteinander, beherrschte aber auch Deutsch und Russisch. 1889, mit knapp 18 Jahren, musste Rosa Luxemburg wegen ihrer Mitarbeit in jüdisch-revolutionären Zirkeln ins Exil nach Zürich gehen. Hier studierte sie Nationalökonomie, Philosophie, Geschichte sowie Staats- und Verwaltungsrecht und wurde mit einer Arbeit über die industrielle Entwicklung Polens promoviert. Damals kam sie in Kontakt zur polnischen, russischen und deutschen Sozialdemokratie und lernte ihren Lebensgefährten Leo Jogiches kennen. Statt eine wissenschaftliche Karriere einzuschlagen, entschied sie sich

1898, als politische Publizistin zu arbeiten. Eine Scheinehe brachte ihr die preußische Staatsbürgerschaft. Deutschland wurde ihr politisches Wirkungsfeld.

In Berlin wurde sie Mitglied der SPD. Mit Temperament, Kalkül und agitatorischer Kraft schaltete sie sich in die Auseinandersetzungen über Reformismus und Revisionismus ein. Innerhalb weniger Jahre wurde sie in West- und Osteuropa zur anerkannten Sprecherin eines proletarisch-revolutionären Internationalismus. Höhepunkt dieses politischen Weges war ihre Wahl 1904 zum ständigen Mitglied des Büros der II. Internationale in Brüssel, wo sie als Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauen saß, die sie mit gegründet hatte. Von August Bebel (→ S. 54-59) zunächst unterstützt, gingen beide bald auf Distanz zueinander. Dennoch bekannte Bebel, dass er trotz aller »Roserei« »das Frauenzimmer in der Partei nicht missen« wolle.

Die russische Revolution im Jahre 1905 änderte ihre Auffassung vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus entscheidend. Ihre Positionen radikalisierten sich und isolierten sie in der deutschen Partei immer mehr. Von Januar 1915 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war sie fast ständig inhaftiert. 1915 schrieb sie im Gefängnis die »Junius-Broschüre«, in der sie mit der Burgfriedenspolitik der SPD abrechnete. Seit Januar 1916 erschienen die »Spartakus-Briefe«, an denen sie als Führerin der Spartakus-Gruppe in der USPD mitwirkte. Am 8. November 1918 aus dem Gefängnis in Breslau entlassen, ging sie wieder nach Berlin. Bei der KPD-Gründung 1918/19 legte sie einen Programmentwurf vor, konnte sich aber in wichtigen Punkten nicht durchsetzen (z. B. bei der Namensgebung – sozialistisch statt kommunistisch – und der Forderung nach absoluter Gewaltlosigkeit in den revolutionären Kämpfen). Nur zögernd unterstützte sie den Januaraufstand. Ihre Angriffe auf die Führer von MSPD und USPD im KPD-Zentralorgan »Rote Fahne« waren jedoch hasserfüllt. Am 15. Januar 1919 wurde sie von konterrevolutionären Freikorpsoldaten verhaftet, misshandelt und ermordet.

Trotz mancher Widersprüche in ihren Aussagen lassen sich Luxemburgs Auffassungen in vier Schwerpunkte fassen:

1. Verlauf der Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus.
2. Bedeutung des Imperialismus für die Transformation.
3. Notwendigkeit des Kampfes gegen Nationalismus und Militarismus für einen konsequenten Internationalismus.
4. Konzeption der sozialistischen Demokratie.

Transformation

Luxemburgs »Endziel« hieß nicht »Zukunftsstaat«, sondern ihre Ziele ließen sich wie folgt charakterisieren: Die sich ihrer historischen Aufgabe bewusste Arbeiterklasse sollte die politische Macht auf revolutionärem Wege erobern. Dem Transformationsprozess sollten Klassenkämpfe vorausgehen, die sich in ihrer Härte steigern, die ökonomische Notwendigkeit des kapitalistischen Zusammenbruchs verstärken und die proletarischen Massen als subjektiven Faktor der Transformation schulen würden. Luxemburgs Erfahrungen in der russischen Revolution 1905 verfestigten ihre Ansicht, dass der Massenstreik »die Bewegungsweise des proletarischen Kampfes in der Revolution« sei. Und die Revolution war keine Einzelhandlung mehr, auch keine Serie von Barrikadenkämpfen wie in den früheren bürgerlichen Revolutionen, sondern eine breite Volksbewegung, die organisatorisch von den »Räten« getragen würde. Während des langen revolutionären Kampfes sollte die schöpferische Kraft der Massen auch die Formen der sozialistischen Zukunftsgestaltung finden und umsetzen. Diese Vorstellung Rosa Luxemburgs von der Spontanität der Massen trug romantisch-unrealistische Züge und verführte sie dazu, die politische Kraft von Organisationen der Arbeiterbewegung völlig zu unterschätzen.

Imperialismus

In ihrer Schrift »Die Akkumulation des Kapitals« (1911) versuchte Luxemburg zu begründen, warum die kapitalistische Produktionsweise unaufhaltsam zusammenbreche. Der Zusammenbruch

sei nicht zwangsläufig, und ob er historisch real werde, hänge von der revolutionären Kraft des Klassenbewusstseins des Proletariats ab. Die düstere Alternative zur historischen Notwendigkeit des Sozialismus sei der Sieg des Imperialismus, die »Barbarei«. Das Vorhandensein vorkapitalistischer kolonialer Gebiete ermögliche dem Kapitalismus, in diese Räume zu expandieren, Mehrwert zu erzeugen und damit seine Existenz zu stabilisieren. Doch je spärlicher die nicht kapitalistischen Räume seien, desto stärker werde der Konkurrenzkampf des Kapitals, der in einer Kette von Katastrophen ende: Weltkrisen, Kriegen, Revolutionen. Das Proletariat werde an die Grenzen seiner Existenz gedrückt, und seine Unterversorgung mit Wirtschaftsgütern mache die weitere Akkumulation von Kapital unmöglich. Der Imperialismus gilt Luxemburg einerseits als Methode, die Existenz des Kapitalismus zu verlängern – und andererseits als sicherstes Mittel, seiner Existenz auf kürzestem Wege ein Ende zu setzen. Mit ihrer Interpretation gelang es Luxemburg, die klassische marxistische Theorie mit der politisch-revolutionären Praxis zu verbinden, was für den Transformationsprozess wesentlich war. Sie übersah jedoch die Tatsache, dass auch die Arbeiterklasse von der kapitalistischen Expansion profitierte, nämlich in Form von Lohnerhöhungen und einer besseren sozialen Lage.

Kampf gegen den Nationalismus

Bereits am Anfang ihrer politisch-intellektuellen Entwicklung war Rosa Luxemburg eine scharfe Kritikerin der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der europäischen Sozialdemokraten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen hielt sie für eine »hohle Phrase«. Sie verkannte jedoch, welche Bedeutung die Bindung der Arbeiterbewegung an das Nationalstaatsprinzip hatte, nicht zuletzt als politischer Machtfaktor. Ihr Ideal war die gleichberechtigte sozialistische Völkergemeinschaft, ohne Nationalismus und Chauvinismus.

Sozialistische Demokratie

Kompliziert sind Rosa Luxemburgs Vorstellungen von der »sozialistischen Demokratie«, die sie in einem absoluten Gegensatz zur »bürgerlichen Demokratie« sah, sowie von der »Diktatur des Proletariats«, die sie scharf von der terroristischen Diktatur der Bolschewiki unterschied. Die bürgerliche Demokratie gehörte für sie zum Überbau der kapitalistischen Gesellschaftsformation, allenfalls brauchbar als Mittel, um die Staatsgewalt durch das Proletariat zu erobern – bestenfalls also ein Durchgangsstadium zum Sozialismus. Aber Luxemburg hatte einige Grundprinzipien, die auch für die Sozialistische Demokratie unverzichtbar bleiben sollten: allgemeines Wahlrecht, Parteienpluralismus, Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Aus dieser Einstellung resultierte ihr berühmter Satz: »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden«, der sich allerdings nur auf die Mitglieder der künftigen Sozialistischen Demokratie bezog; die Bourgeoisie war hiervon ausgeschlossen, gegen sie durfte auch Gewalt angewendet werden. Was aber war darüber hinaus sozialistische Demokratie? Eine neue emanzipative Form der Demokratie, die sich im Laufe des revolutionären Prozesses herausbilden würde als Ausdruck der Totalität des Klassenbewusstseins.

Bereits 1904 kritisierte Luxemburg Lenins Organisationsprinzip für die Partei der Bolschewiki. Sie selbst verstand die proletarische Partei als »Vorausstruppe des gesamten arbeitenden Volkes« – zugleich offen, libertär und humanistisch. In ihrer 1917/18 im Gefängnis geschriebenen Kritik der Oktoberrevolution warf sie den Bolschewiki einen Rückfall in den frühbürgerlich-jakobinischen Terror vor und erklärte deren Diktatur des Proletariats zu einer Parteidiktatur bzw. zu einer Diktatur im bürgerlichen Sinne.

Trotzdem ist in den Äußerungen Rosa Luxemburgs kein »dritter Weg« erkennbar, denn in der gleichen Schrift plädierte sie für eine Diktatur des Proletariats »zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus«. Ihre Diktatur des Proletariats besteht in »der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung«, und zwar »in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Form«.

So werden Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats bei Luxemburg identisch und zur »wahren Demokratie« erhoben.

Ikone Luxemburg

Diese Einstellung steigerte sie noch einmal in der Revolution 1918/19, besonders beim sogenannten Spartakusaufstand im Januar 1919. Für sie sind nun alle Verräter: die Mehrheitssozialisten, die USPD-Führung und auch jene Arbeiter- und Soldatenräte, die sich für die Schaffung einer demokratischen Republik entscheiden. Sie selber wird zur radikalsten Gegnerin dieser Republik. Bis in die Gegenwart hinein wird Rosa Luxemburg von vielen politisch linken Gruppen und Strömungen als Inkarnation der jeweils eigenen Identität verehrt. Ihre Persönlichkeit, ihr Leben als Frau und Politikerin und ihr Ende machen dies leicht. Selbst die Kommunisten, die sie wegen ihrer fundamentalen Kritik an Lenin nicht akzeptierten, haben sie spät auch zu ihrer Ikone gemacht. Eine strikte Historisierung lässt auch den heutigen Anhänger der sozialen Demokratie Raum für eine feinsinnige Form der Bewunderung, selbst wenn man Luxemburg nicht im direkten Sinne zu ihren Vordenkerinnen zählen kann.

Werk

Gesammelte Werke, 5 Bde., Berlin 1970–1975.

Gesammelte Briefe, 6 Bde., Berlin, 1980–1982, 1993, hg. v. Annelies Laschitza.

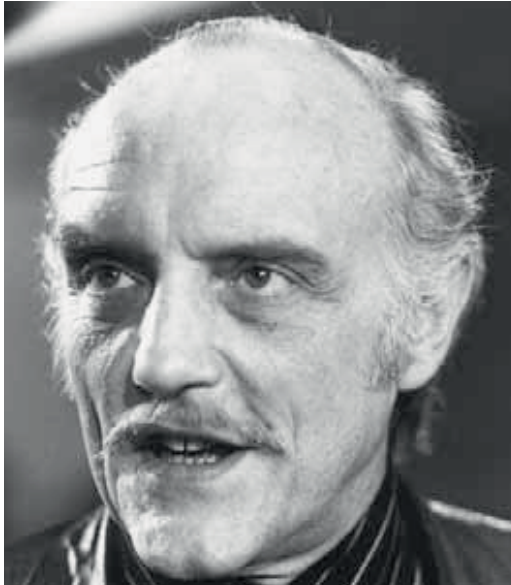
Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, hg. v. Annelies Laschitza, Berlin 1990.

Literatur

Nettl, Peter (1965), Rosa Luxemburg, Köln.

Ettinger, Elzbieta (1990), Rosa Luxemburg. Ein Leben, Bonn.

Laschitza, Annelies (2009), Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, 3. Aufl. (Taschenbuchausg.) Berlin.



»

Viele spotten heute über den Traum von einer sozialistischen Gesellschaft. Laßt sie spotten [...]. Der Traum kann Wirklichkeit werden: Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, eine Gesellschaft, in der der Mensch mit seinen Bedürfnissen das Maß aller Dinge ist, eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht geknebelt und gefesselt wird durch die Herrschaft seiner eigenen Fetsche, sei es Profitstreben oder sei es Konsumzwang.

«

Jochen Steffen – Querdenker der SPD

von Siegfried Heimann

Jochen Steffen (* 19.9.1922 · † 27.9.1987) war, zumindest in den 60er- und 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts »zuallererst ein sozialistischer Bürgerschreck« (Stefan Appelius). Er war der »rote Jochen« aus Schleswig-Holstein, nicht nur seiner roten Haare aus Schülerzeiten wegen. Und: Er beeindruckte nicht nur seinen engen Freund Siegfried Lenz durch »seine Unerschrockenheit, seine Aufrichtigkeit, sein mangelndes diplomatisches Geschick [...]«. (Steffen 1997: 11 f.)

Biografische Skizze

Der als Sohn eines Stadtobersekretärs und eines aus einer Bauernfamilie stammenden Dienstmädchens in Kiel geborene Karl Joachim Steffen besuchte in seiner Geburtsstadt die Oberschule, machte 1941

ein Notabitur und wurde kurz darauf zur Marineflak eingezogen. Er brachte es bis zum Obergefreiten, einer Offizierslaufbahn verweigerte er sich. Er hatte noch vor Kriegsende die dienstverpflichtete Flakhelferin Annemarie Johanna Zimmermann kennengelernt. Sie heirateten am 11. Mai 1945, wenige Tage danach trat Steffen in die SPD ein. Im Juni 1946 begann er in Kiel mit dem Studium der (erst später so genannten) Politischen Wissenschaft. Eine bei Wolfgang Abendroth (■ S. 33-39) in Marburg geplante Dissertation zur »Rolle und Funktion des Parteifunktionärs« beendete er nicht. Er war gezwungen, für seine Familie, Sohn Jens-Peter war im September 1954 geboren worden, den Lebensunterhalt zu verdienen. Seit Ende 1955 war er Redakteur bei der »Flensburger Presse«, später bei der »Kieler Volkszeitung«.

Seine politische Biografie war von Anfang an mit Schleswig-Holstein verbunden, in der Rolle des »Kuddl Schnöf« feierte er als Kabarettist mit seinen »achtersinnige[n] Gedankens« über Norddeutschland hinaus Erfolge. 1946 war der junge Sozialdemokrat Gründungsmitglied des SDS, 1954 bereits Landesvorsitzender der Jungsozialisten und 1958 zog er in den Landtag in Kiel ein. Seit 1965 war er SPD-Landesvorsitzender und ein Jahr später auch SPD-Fraktionsvorsitzender. Mit seiner offiziellen Funktion als »Oppositionsführer mit Dienstwagen und Chauffeur« kam er nicht gut zu Recht. Wie schon zuvor fuhr ihn meist seine Frau, da er keinen Führerschein besaß.

Die von ihm auf Landesparteitagen angeregten Debatten fanden nicht immer den Beifall der Parteiführung in Bonn. Er sah sich, wie er später schrieb, als »Mitglied einer sozialen Reformpartei, die seit 100 Jahren auch einen sozialistischen Flügel hat [...].« Diesen Flügel zu stärken, sah er als seine Aufgabe an. (Steffen 1997: 284) Ab 1967 engagierte er sich daher für einen Zusammenschluss linker Sozialdemokraten, dem sog. Frankfurter Kreis.

Seit 1968 war er Mitglied des SPD-Parteivorstandes und von 1973 bis 1976 auch Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Die Entwicklung in der von ihm geführten Partei in Schleswig-Holstein schien seine Hoffnungen auf einen neuen linken Kurs der SPD zu bestätigen. Umso größer war seine Enttäuschung, als die

SPD zwar bei den Landtagswahlen 1971 in Schleswig-Holstein über 40 % erreichte, er es aber als Spitzenkandidat dennoch nicht schaffte, die CDU im Lande abzulösen. Zwei Jahre später gab er den Fraktionsvorsitz ab und 1975 auch den Landesvorsitz, der Rückzug aus der Politik begann. Aus der Grundwertekommission zog er sich enttäuscht zurück, zu wenig hatte er darin bewegen können. Er schrieb: »Ich bin Reformist. Unsere Praxis ist antireformistisch [...]. Unsere Praxis ist extrem ›staatssozialistisch‹« (Steffen 1997: 285 f.) 1977 gab er auch »ohne jegliche Bitterkeit« seinen Sitz im Parteivorstand auf. Im gleichen Jahr, von Krankheit bereits gezeichnet, verzichtete er auch auf sein Landtagsmandat. Zusammen mit seiner Frau zog er nach Niederösterreich um. Im November 1979 trat er aus der SPD aus, der von der SPD eingegangene Kompromiss in der Kernenergiepolitik hatte den letzten Anstoß gegeben. Die Gründung einer grünen Partei verfolgte er mit Wohlwollen, machte aber immer wieder klar, dass er nicht Mitglied einer neuen Partei werden wolle. Er blieb auch ohne Parteibuch Sozialdemokrat. Schwer krank kehrte er nach Schleswig-Holstein zurück. Nach mehreren Bypassoperationen starb er am 27. September 1987 in Kiel. Er wurde 65 Jahre alt.

Wirken in der Zeit

Jochen Steffen war einer der Sprecher der Parteilinken in der SPD. Er galt als »Marxist«. Siegfried Lenz nannte ihn freilich einen »eklektizistischen Marxisten« und Steffen selbst war noch kritischer:

»Tatsächlich schwankte ich innerlich, war ich meiner selbstgebastelten Ideologie – wie der aufgesaugten marxistischen Versatzstücke – keinesfalls so sicher, wie ich sie stur wiederholte, mich gleichsam im Glauben festigen wollend durch ständiges Repetieren der Kernpunkte.«(Steffen 1997: 59)

Steffen übte gleichermaßen Kritik an denjenigen, die die bestehende Ordnung für unantastbar hielten wie an denjenigen, die der

notwendigen Reform der Gesellschaft nicht realisierbare Ziele setzten. Wirtschaftspolitik müsse immer auch Gesellschaftspolitik sein. Die notwendige Investitionsförderung und die regionale Strukturpolitik hätten vor allem ein Ziel: Die »Souveränität des mündigen Volkes über die Machtpositionen der Wirtschaft und Gesellschaft zu sichern« (Steffen 1968; 383 u. 398).

Bei dem Versuch, dieses Ziel zu erreichen, hatte und hat die Sozialdemokratie stets einen »Zweifrontenkampf« zu führen, wie Steffen in der innerparteilichen Debatte um eine Abgrenzung der SPD vom Kommunismus betonte. So sehr auch er eine Auseinandersetzung in der eigenen Partei mit einer »gefühlsmäßigen Linkslyrik« für notwendig hielt, so sehr lehnte er es ab, die entschiedene Kritik an der kommunistischen Bewegung mit einer »falsch akzentuierten Ausschlußdrohung« zu verknüpfen. Es gelte – wie Steffen es formulierte –, einen blindwütigen, emotionalen Antikommunismus zu vermeiden, der nur zu oft dazu diene, die »Unterdrückungstendenzen und die Manipulationen im eigenen System zu verschleiern« und die Gegner dieser Unterdrückungstendenzen in der eigenen Gesellschaft »in die kommunistische Ecke zu drücken« (Steffen 1970: Rede vor dem Parteirat der SPD).

Mitte der 70er-Jahre setzte Steffen Hoffnungen auf die westeuropäischen eurokommunistischen Parteien, die vielleicht eine prinzipielle Absage an den Stalinismus im ganzen kommunistischen Lager bewirken könnten. Für ihn war das Bekenntnis zu den Menschenrechten unteilbar:

»Die Wahl zwischen ökonomisch oder politisch verursachter Menschenrechtsverletzung ist die zwischen Erhängen und Erwürgen. Dabei wird immer ein Teil der unteilbaren Menschenrechte getötet. Auf der Strecke bleiben immer die Menschenrechte«,

so schrieb er Mitte 1977 an Robert Havemann. Sozialisten wie er müssten sich daher, wenn sie zu Recht gegen die Verletzung der Menschenrechte durch soziale Not in der Bundesrepublik protestierten, genauso deutlich gegen die Verletzung der politischen Menschenrechte in der DDR wenden (Steffen, AdsD 1 JSAA 000136).

Immer wieder aber mahnte Jochen Steffen seine Partei, über der notwendigen Tagespolitik die langfristige, über den Tag hinausweisende Programmdiskussion nicht zu vergessen. Als es galt, für die 80er-Jahre einen »Orientierungsrahmen« zu formulieren, gehörte Steffen mit zur ersten von zwei Programmkommissionen. Er konnte sich allerdings mit seiner kritischen Position in der Kommission nicht durchsetzen. (Steffen 1973, Elf Thesen: 92 ff.) Er wollte mit seinen programmatischen Überlegungen endlich einmal »aus dem Kreis von Reparatur des ›Systems‹ und Anpassung des ›Systems‹ herauspringen«. (Heimann 1984: 2076) Er entwarf das Konzept einer »Strukturellen Revolution«, das Bezugspunkt für einen radikalen Neuanfang sozialdemokratischer Politik sein sollte (vgl. Steffen 1974: passim).

Steffens Kritik fiel zunächst auf fruchtbaren Boden, wie sich auf dem Parteitag in Hannover im April 1973 zeigen sollte. Die Delegierten beschlossen eine Empfehlung an die Programmkommission, die die Kritik der Parteilinken, vor allem der von Steffen, zusammenfasste. Dagegen regte sich jedoch sehr schnell Widerstand aus den Reihen der Mehrheit der Partei. Mit dem endgültigen Wortlaut des »Orientierungsrahmen 85«, den eine neue Kommission unter dem Vorsitz Peter von Oertzens (■ S. 263-268) zwei Jahre später vorlegte, waren zwar viele Parteilinke nicht einverstanden, stimmten aber schließlich auf dem Mannheimer Parteitag 1975 fast einstimmig zu. Steffens Überlegungen gingen zu sehr gegen den Strich aller gängigen Strömungen in der SPD und fanden daher kein unmittelbares Echo (vgl. Heimann 1984: 2086). Seine kritischen Wortmeldungen galten als »Einzelstimme«. (Faulenbach 2011: 461)

Jochen Steffen heute

Die Spuren seines Denkens sind dennoch nicht verweht, wie manche Journalisten nach seinem Tode meinten urteilen zu müssen. Steffen hatte schon früh eine Erklärung dafür gefunden, weshalb es »Querdenker« wie er in der SPD stets schwer hatten, Gehör zu finden. Er war ja schon seit Mitte der 60er-Jahre – zu Zeiten der

Großen Koalition – in der SPD ein steter Mahner, der die »kleine Freiheit« in der innerparteilichen Auseinandersetzung hochhalten wollte. Er kritisierte daher auch vehement »Fraktionsbildungen« in der Partei. Sie würden wie »Heerhaufen« gegeneinander marschieren und sich »Stimmpakete« statt Argumente um die Ohren hauen. Kontroverse Diskussionen aber müssten offen und öffentlich geführt werden, nicht zuletzt um »Ämterpatronage« mit fatalen Gesetzmäßigkeiten zu vermeiden (Steffen 1973: Wider das Kartell).

Siegfried Lenz hat es in seiner Trauerrede für Steffen auf den Punkt gebracht:

»Was für ihn zählte, das war die Treue zu seinen Überzeugungen. Nicht einen Augenblick bereit, sie auf dem Altar des Opportunismus zu opfern, nahm er viel in Kauf: Unverständnis, Ablehnung, Einsamkeit«. (Steffen 1997: 18)

Nur wenige Jahre nach seinem Parteiaustritt zeigte sich, dass Steffen seiner Partei in nicht wenigen Politikbereichen – etwa in der Frage des Atomausstiegs – voraus war. Viele seiner Mahnungen bleiben aktuell. So auch Steffens Sorge, dass die SPD keine kämpferische Reformpartei mehr sein könnte.

Werk

Steffen, Jochen (1968), Rede auf dem Nürnberger Parteitag der SPD, Bonn.

Steffen, Jochen (1970), Rede vor dem Parteirat der SPD 14.11.1970, handschr. Ms., Privataarchiv Beez.

Schnööf, Kud dl (d. i. Jochen Steffen) (1972), Achtersinnige Gedanken un Meinungen von de sozeale Revolutschon und anere wichtige Sachsens. Mit was vorwech von Siegfried Lenz, Hamburg.

Steffen, Jochen (1973), Wider das Kartell der Kanalarbeiter, in: Die Zeit v. 30. März 1973.